

## Beschluss (vorläufig)

Unsere Solidarität mit Israel

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 14.10.2023

Tagesordnungspunkt: V-DRI Dringlichkeitsanträge

1 Wir Grüne verurteilen den terroristischen Überfall der Hamas und weiterer  
2 Terrororganisationen auf Israel aufs Schärfste und fordern ein sofortiges Ende  
3 der brutalen Angriffe. Wir unterstützen den fraktionsübergreifenden  
4 Entschließungsantrag „Volle Solidarität mit Israel“ im Deutschen Bundestag. Wir  
5 stehen solidarisch und unerschütterlich an der Seite Israels und der in unserer  
6 Gesellschaft lebenden Jüdinnen\*Juden. Wir gedenken der Opfer und sind voll  
7 Mitgefühl für die Hinterbliebenen.

8 Viele Jüdinnen\*Juden in Deutschland haben Angehörige in Israel und hören seit  
9 Tagen nichts mehr von ihnen. Das brutale Ausmaß der derzeit auf Israel  
10 stattfindenden Angriffe sind die tödlichste Gewalt gegen Zivilist\*innen seit der  
11 Gründung Israels im Jahr 1948. Fest steht, dass der israelische Staat weiter  
12 alles daransetzen muss, diesen terroristischen Angriff aus dem Hinterhalt mit  
13 aller Kraft abzuwehren. Wir stehen in voller Solidarität an der Seite Israels.

14 Die Menschen vor Ort haben ein Recht auf Frieden. Allerdings ist es nicht  
15 möglich, in der aktuellen Situation alle Seiten an einen Tisch zu bekommen, weil  
16 es bei terroristischen Organisationen keine an Gewaltlosigkeit und Frieden  
17 interessierten Gesprächspartner\*innen gibt. Die Vernichtung Israels und seiner  
18 Bürger\*innen sind integraler Bestandteil der Ideologie von Hamas, Hisbollah und  
19 dem iranischen Regime. Deshalb fordern wir, dass auch die Iranischen  
20 Revolutionsgarden von der EU als Terrororganisation eingestuft und mit weiteren  
21 Sanktionen belegt werden. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die klare  
22 Haltung der Bundesregierung. Das Ziel ist, die wiederkehrende Gewalt zu beenden,  
23 sodass den Israelis und Palästinenser\*innen ein Leben in Sicherheit, Freiheit,  
24 Würde und mit gleichen Rechten möglich ist. Wir begrüßen, dass der Beschluss des  
25 Bundestages noch einmal zum Ausdruck bringt, dass jegliche Form von  
26 Terrorunterstützung mit der vollen Härte des Rechtsstaats begegnet wird.

27 Die Bundesregierung hat bisher schon regelmäßig und sorgfältig die Mittelvergabe  
28 für die palästinensischen Gebiete streng evaluiert. Vor dem Hintergrund des  
29 grausamen Überfalls wird sie diese erneut prüfen. Bis zum Abschluss dieser  
30 Überprüfung sollen keine neuen Verpflichtungen eingegangen werden. Alle etwaigen  
31 ausstehenden Zahlungen werden nicht getätigt werden, mit Ausnahme jener für  
32 humanitäre Hilfe.

33 Angriffe auf Israel bedeuten immer wieder aufs Neue ein Anstieg von Gewalt gegen  
34 Jüdinnen\*Juden, weltweit und auch hier in Deutschland. Wir verurteilen  
35 Siegesfeiern und Jubelgesänge auf deutschen Straßen über den terroristischen  
36 Überfall auf Israel. Eine Verhöhnung der Opfer muss klar verurteilt werden und  
37 darf nicht folgenlos bleiben. Hass ist keine Meinung. Gegen die Hamas, ihre  
38 Unterstützer und Vorfeld- und Tarnorganisationen sowie Samidoun muss ein  
39 Betätigungs- und gegebenenfalls ein Organisationsverbot erlassen werden.  
40 Jeglicher Form von Terrorunterstützung muss mit der vollen Härte des

41 Rechtsstaates begegnet werden. Judenfeindlichkeit darf in unserer Gesellschaft  
42 keinen Platz haben. Es bedarf einer Evaluation der Sicherheitslage unserer  
43 jüdischen Bürger\*innen und ihrer Einrichtungen in Baden-Württemberg und  
44 Deutschland. Kurzfristig führt kein Weg daran vorbei, die  
45 Sicherheitsvorkehrungen gegenüber jüdischen Einrichtungen zu erhöhen.  
46 Jüdinnen\*Juden haben das verbriefte Recht, frei und ohne Angst in unserer  
47 Gesellschaft zu leben. Das ist unsere Verantwortung, ihr fühlen wir uns als  
48 baden-württembergische Regierungspartei zutiefst verpflichtet. Das Schicksal von  
49 baden-württembergischen Jüdinnen\*Juden ist aufgrund des Terrors und der  
50 jüdenfeindlichen Vernichtungsideologie des Nationalsozialismus untrennbar mit  
51 dem Schicksal Israels verbunden. Das Existenzrecht Israels gehört zur deutschen  
52 Staatsräson und ist durch nichts zu relativieren.